

Von der Theorie in die Praxis

Ruderting, den 13.06.2017

Von der Theorie in die Praxis *PNP-Bericht vom 13.06.2017*

Josef Pauli beim „BürgerEnergieStammtisch“ – Neuausrichtung der Stammtisch-Aktivitäten

Ruderting/Sittenberg. „Mit der Konzessionsabgabe hätten die Gemeinden ein sehr effektives Instrument zur CO₂-Vermeidung bei der Hand und dazu noch ohne Einnahmeverringerung“, wenn sie es denn nutzen würden, stellte Dipl.-Ingenieur Josef Pauli vor etlichen Zuhörern beim vergangenen „BürgerEnergieStammtisch“ in Sittenberg fest.

Jeder, der Strom verbraucht, ob Privatabnehmer oder Gewerbetreibender, zahlt mit dem Strompreis auch eine Konzessionsabgabe für die Nutzung öffentlicher Grundstücke an den Stromlieferanten. Das macht in manchen Kommunen jährlich im Schnitt an die 100 000 Euro aus. Konzessionsabgaben können nur in Cent-Beträgen je gelieferte Kilowattstunde vereinbart werden und sind in der Höhe nach drei Kriterien zu begrenzen. Die Höchstbeträge pro Kilowattstunde dürfen nach dem Schwachlasttarif 0,61 Cent/kWh nicht übersteigen, bei Strom, der nicht als Schwachlaststrom geliefert wird, in Gemeinden bis 25 000 Einwohnern liegt der Höchstbetrag bei 1,32 Cent/kWh und bei der Belieferung von Sondervertragskunden bei 0,11 Cent/kWh.

Hier haben die Gemeindeverwaltungen bei der Höhe der Abgabe und der Festlegung der Verbrauchsgruppen einen Gestaltungsspielraum, der oft nicht genutzt werde, so Pauli. Macht die Kommunalaufsicht keine Vorgaben, könnte die Gemeinde Verbrauchsgruppen abhängig von deren CO₂-Emissionen mehr oder weniger belasten und so den Ausstoß regulieren nach dem Motto: „Wer mehr ausstößt, zahlt mehr.“

Eigenverbrauch hat die geringsten Emissionen

Laut Pauli können sich die Kommunen auch hier an Vorgaben orientieren: So verursacht eine Kilowattstunde bei „Normalstrom“ 1,46 Kilogramm CO₂, bei Ökostrom 0,074 Kilogramm und bei Eigenverbrauch von einer PV-Anlage 0,10 Kilogramm. Auch für die Gemeindefinanzen sei dieses Instrument nicht uninteressant, findet Pauli. Häufig würden die niedrigeren Konzessionsabgaben einzelner Gemeinden nicht an die Endverbraucher weitergegeben. Der zusätzliche Ertrag bleibt beim Energielieferanten. Die Fragen, warum Gemeinden Geld „verschenken“ und auch der Verzicht nicht beim Bürger ankommt, sorgten für eine intensive Diskussion.

Ein weiterer Schwerpunkt des 28. „BürgerEnergieStammtischs“ war eine angefragte „Neuausrichtung“ des Stammtischs, die Sprecher Johannes Schmidt einbrachte. 24 themenbezogene Stammtische mit oft namhaften Referenten und sehr gutem Besuch wurden in gut zwei Jahren durchgeführt, zusätzlich drei Informationsfahrten. Hinzu komme eine Dorffachmesse zur Energiewende. Allein 2016 habe man bei 14 Veranstaltungen 774 Teilnehmer verzeichnen können. So sei es nun an der Zeit, die Arbeit auszuwerten und eventuell neu auszurichten.

Peter Ranzinger, Klimaschutzbeauftragter des Landkreises, berichtete von einer bayernweiten Tagung der Umweltschutzbeauftragten in Altötting, bei der auch viele Initiativen und Energiegenossenschaften vertreten waren. Ihn habe fasziniert, was diese alles in den jeweiligen Gemeinden und Regionen bewirken. Er regte an, sich ernsthaft mit der Möglichkeit der Gründung einer regionalen Energiegenossenschaft auseinander zu setzen. Ihm sei es wichtig, nicht immer bei den theoretischen Themen zu bleiben, sondern etwas umzusetzen.

Gründung einer Energiegenossenschaft

Hubert Glanzer und Erich Käser schlugen vor, auch weiterhin wichtige Themen in der bisherigen Form zu diskutieren und nannten mit „Solarthermie“ auch gleich ein Thema. Die beiden nächsten Stammtische finden am 13. Juni und am 11. Juli jeweils um 19.30 Uhr im Gasthaus Billinger in Sittenberg statt und werden die Themen „Gründung einer BürgerEnergieGenossenschaft“ und „Klärschlammproblematik“ behandeln. Nach den Sommerferien geht es am 12. September weiter. *js*